



An
Herrn Radosław Sikorski, Außenminister der Republik Polen
Herrn Guido Westerwelle, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland

Erklärung zu regelmäßigen Besuchen führender Politiker aus EU-Mitgliedsstaaten in Minsk

Wir, Bürger- und Menschenrechtsorganisationen aus verschiedenen europäischen Ländern, möchten hiermit gemeinsam unsere tiefe Sorge über Menschenrechtsverletzungen in Belarus, einem direkten Nachbarland der EU, zum Ausdruck bringen.

Während wir den kontinuierlichen Dialog zwischen der belarussischen Regierung und der EU begrüßen, möchten wir die Aufmerksamkeit der Europäischen Gemeinschaft auf das noch immer drängende Problem lenken, dass Belarus seinen internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Wir möchten den Vertretern der EU in Erinnerung rufen, dass Regimegegner und unabhängige Journalisten in Belarus noch immer Einschüchterungen und Verfolgung ausgesetzt sind. Das Land verhängt weiterhin die Todesstrafe, die Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit werden regelmäßig verletzt.

Angesichts der Tatsache, dass die Besuche führender EU-Politiker vom belarussischen Regime im Vorfeld der anstehenden Präsidentschaftswahlen erfolgreich als Unterstützung des amtierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko dargestellt werden, bitten wir darum, Fragen zu demokratischen Werten wie Freiheit oder Menschenwürde bei offiziellen Besuchen in Minsk ganz oben auf die Agenda zu setzen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass in Verhandlungen mit der belarussischen Regierung neben pragmatischen politischen und wirtschaftlichen Fragen seitens der Vertreter der EU auch Fortschritte im Bereich der Menschenrechte und der Demokratisierung eingefordert werden sollten, insbesondere:

- die bedingungslose Freilassung der politischen Gefangenen Mikalai Autukhovich, Uladzimir Asipenka und anderer
- die Beendigung der Verfolgung unabhängiger Journalisten
- die Aussetzung und Abschaffung der Todesstrafe
- die Aufhebung des Artikels 193.1 des Strafgesetzbuches, der für Aktivitäten in einer nicht registrierten Organisation eine Haftstrafe von bis zu zwei Jahren vorsieht
- die Durchführung freier und transparenter Präsidentschaftswahlen.

Liste der unterstützenden Organisationen:

Belarus Watch, Vilnius, Litauen
Belarusian Human Rights House (im Exil in Vilnius, Litauen)
Civic Belarus, Prague, Czech Republic
Human Rights House Foundation, Oslo, Norwegen
Libereco, Partnership for Human Rights, Bonn, Deutschland

Kontaktperson:

Vadim Vileita, belaruswatch@belaruswatch.org, +370 614 82880